



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

09. Februar 2011

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

Veranstaltungs-Tipp

Bürgergespräch „Jugendkriminalität“

Am **17. Februar** diskutiere ich mit dem Kriminologen Prof. Christian Pfeiffer über das **Thema „Jugendkriminalität“**.

Wir lesen oft in den Medien über Straf- und Gewalttaten von Jugendlichen. Jeder hat auch eigene Erfahrungen: randalierende Jugendliche an der Bushaltestelle, umgeworfene Mülltonnen usw.. Ich möchte mit Ihnen erörtern, wo es vor Ort Probleme gibt, welche Ursachen diese haben und was wir gemeinsam dagegen tun können.

Die **Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr** in der Radsporthalle Alsbach-Hähnlein. Der Eintritt ist frei!

heute Nacht sind die Verhandlungen zu den Hartz IV-Regelsätzen gescheitert - ein Armutszeugnis für diese Bundesregierung. Genau ein Jahr nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bleiben damit die Betroffenen, vor allem die Kinder, auf der Strecke. Es ist ziemlich offensichtlich, dass der Streit innerhalb der Koalition vor allem bei der Frage „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ dazu beigetragen hat, dass die Verhandlungen ohne Ergebnis enden mussten. SPD und Grüne haben in der Sache gewusst, was sie wollten - Schwarz-Gelb spricht auch an der Stelle mit mehreren Stimmen. Wir werden den Vorschlag der Regierung im Vermittlungsausschuss und im Bundesrat ablehnen - ich bin gespannt, was Frau von der Leyen nun tun will.

In Berlin steht die Berlinale vor der Tür: Ab morgen dreht sich hier alles um Filme, Stars und Sternchen. Ich werde mir einige Filme anschauen und freue mich ganz besonders auf „Life in a Day“; der Film über ein youtube-Projekt feiert am Samstag in Berlin Europa-Premiere. Die SPD veranstaltet am Montagabend (14.2.) im Willy-Brandt-Haus einen Berlinale-Empfang. Gezeigt wird der Film „Geliebtes Leben“, der die Geschichte eines Mädchens erzählt, das in einem südafrikanischen Township lebt und dessen Eltern an AIDS sterben. Schwere Kost, von den Kritikern aber schon in Cannes gefeiert.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer / Ihre Brigitte Zypries



Verbraucher-Tipp

Patientenberatung als Regelversorgung der GKV

Die unabhängige Patientenberatung gehört ab sofort zum regulären Angebot der Gesetzlichen Krankenkassen. Um sich im „Dschungel“ des Gesundheitssystems zurecht zu finden wird es ab April 21 regionale Beratungsstellen geben - für Hessen in Gießen - , ab 15. Februar ein kostenloses Beratungstelefon unter 0800 011 77 22, zusätzlich ein muttersprachliches Angebot für Ratsuchende mit Migrationshintergrund und die Internetseite www.upd-online.de.

Weitere Informationen rund um Ihre Rechte und Pflichten als Patientinnen und Patienten finden Sie unter www.patientenbeauftragter.de.

(Wieder) mehr Demokratie leben!

Dagegen-Republik, Wutbürger, Politik(er)verdrossenheit - diese Schlagworte bestimmen seit einigen Monaten die Debatte um die Beteiligung und das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen. Die Frankfurter Rundschau titelte sogar in Bezug auf das Darmstädter Museums-Projekt Sander „Darmstadt21“. Unabhängig davon, wie einige Projekte inhaltlich zu bewerten sind oder wie lange Projekte bereits vor Ort diskutiert wurden, ist offensichtlich: **Viele Menschen fühlen sich bei politischen Entscheidungen nicht mehr mitgenommen und möchten sich häufiger beteiligen, als alle vier oder fünf Jahre bei Bundestags- oder Landtagswahlen.** Das erfahre auch in vielen Gesprächen im Wahlkreis und hier in Berlin z.B. bei Diskussionen mit Schulklassen. **Es ist richtig und notwendig, der wachsenden Diskrepanz zwischen Bevölkerung und Politik etwas entgegen zu setzen.** Dies kann ganz unterschiedlich im Großen und im Kleinen geschehen: Angefangen von dem vom Darmstädter Oberbürgermeister Walter Hoffmann vorgeschlagenem Gestaltungsbeirat bis hin zu gesetzlichen Änderungen bei den Anforderungen an Bürgerentscheide.

Die SPD im Bund diskutiert bereits Vorschläge, wie mehr Bürgerbeteiligung aussehen kann. Mehr Mitspracherechte bei Großprojekten und die Einführung eines Lobbyregisters gehören dazu. Auch die hessische SPD setzt sich intensiv mit dem Thema auseinander und hat im Januar ein sehr gutes Papier vorgelegt, das es unter www.spd-hessen.de gibt. Es macht deutlich, dass **mehr direkte Demokratie sowohl Chancen als auch Risiken hat. Es kann am Ende nämlich nicht sein, dass sich wie z.B. in der Schweiz nur noch gut gebildete und finanziell besser Gestellte an den Entscheidungen beteiligen.** Ich meine, Politik muss als Vertreterin der Interessen des Gemeinwohls dieses Problem sehen und ihre Vermittlerrolle zwischen unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft wahrnehmen.

Auch ich möchte wieder mehr Menschen für Politik begeistern. Deshalb gibt es weiterhin in Darmstadt und Darmstadt-Dieburg viele Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Dabei geht es beispielsweise am 16. Februar um die Präimplantationsdiagnostik, am 17. Februar um Jugendkriminalität und am 18. Februar diskutiere ich mit der SPD Weiterstadt ganz konkret zu Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie. **Ich würde mich freuen, wenn viele mitdiskutieren und freue mich auf Ihre Anregungen, Ihre Kritik und Wünsche!**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/Marius Schmidt](#) (S. 2)
[aboutpixel/Sven Schneider](#) (S. 3)

Frauenquote ja - leider...

Im November 2010 habe ich im Brief aus Berlin schon einmal zur Chancengleichheit von Männern und Frauen berichtet. Nun ist die „Frauenquote“ wieder das Thema in Politik und Öffentlichkeit. **Medienwirksam streiten sich dabei die zwei Ministerinnen von der Leyen und Schröder, von der zuständige Justizministerin hört man nichts und die Kanzlerin ist auf jeden Fall schonmal dagegen.**

Ob 25%, 30%, 40% oder flexibel - ich bin davon überzeugt, dass die überwiegende Mehrheit der Frauen im Grunde gar keine Quote möchte - wenn sich in Politik und Wirtschaft tatsächlich endlich substantiell etwas ändern würde. **Alle Zahlen sprechen aber eine andere Sprache: Der Anteil der Frauen in den Vorständen der Dax-30-Konzerne liegt bei 3,2% - Deutschland ist hier so weit wie Indien. Und in mehr als 90 % der 100 größten Unternehmen gibt es nicht eine einzige Frau im Vorstand.** 2010 wurden nur 29 von 906 Vorstandsposten in den 200 größten Unternehmen von Frauen besetzt. Im Vergleich dazu: Bei den Männern erhöhte sich die Zahl im selben Zeitraum um 65 auf 877 Personen. Schon vor zehn Jahren haben sich die Unternehmen in einem Abkommen mit der Bundesregierung verpflichtet, freiwillig mehr für die Förderung von Frauen in Führungspositionen zu tun - getan hat sich wenig. **Dabei geht es auch anders, wie zum Beispiel die Deutsche Telekom vormacht: Im März 2010 hat das Unternehmen eine Frauenquote eingeführt, um bis Ende 2015 weltweit 30 Prozent Frauen in Führungspositionen zu haben.**

Sicher müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen: Denn auch in der SPD könnten es an der ein oder anderen Stelle noch mehr Frauen sein! Bei Veranstaltungen fällt mir immer wieder auf, dass die Podien und das Publikum - vor allem bei den juristischen und netzpolitischen Themen - von Männern nach wie vor dominiert sind. Das muss nicht sein, denn es gibt in allen Bereichen gute Frauen, die etwas zu sagen haben! Wenn Journalisten das Problem zu einem der Politik machen, kann ich nur sagen: Auch bei den leitenden Funktionen in Zeitungen, beim Fernsehen oder Radio sind Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert. **Das alles macht deutlich: Es gibt Nachholbedarf in vielen Bereichen was die Chancengleichheit von Männern und Frauen angeht. Die Frauenquote muss deshalb (leider) kommen, damit sich etwas ändert - denn freiwillig bewegt sich ganz offensichtlich nichts!**